

Forum für Politik, Kultur und Wirtschaft

www.magazine-deutschland.de

Deutschland



Neue Energie für den Klimaschutz

Wachstum und Verantwortung: G8-Gipfel in Heiligendamm

D Nr.3/2007 Juni/Juli € 2,70

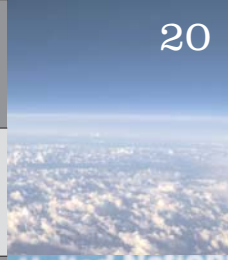
6 Engagement für Europa
Junge Menschen engagieren sich für ein zusammenwachsendes Europa



Stefan Maria Rohrer

14 G8-Gipfel in Heiligendamm
Die führenden Industrienationen setzen auf „Wachstum und Verantwortung“

20 Priorität Klimaschutz
Deutschland und die EU machen den Klimaschutz zur Chefsache



picture-alliance/chromorange

27 Klimawandel als Chance
UNEP-Chef Achim Steiner setzt auf verstärkte Zusammenarbeit

28 Energiepartnerschaften
Deutschland hilft beim Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung



picture-alliance/dpa

31 Magazin
Reportagen und Berichte über regionale Projekte und Kooperationen

40 Die grünen Champions
Deutsche Unternehmen sind weltweit führend in der Umwelttechnik



Langrock/Zenit/Lait

46 Jobmotor Umwelt
Die Umweltindustrie schafft neue Arbeitsplätze, Berufe und Studiengänge

50 Leben im Passivhaus
Umweltfreundliche Materialien und moderne Technik garantieren Wohnkomfort



Industrie-Thermografie Krull

54 Das Auto der Zukunft
Die Automobilhersteller arbeiten an neuen Antriebskonzepten

60 Kraftwerke von morgen
Große Energieunternehmen bauen saubere Kraftwerke



Boehling/agenzia

62 Die ersten Selbstversorger
Immer mehr Dörfer und Städte in Deutschland sind energieautark

66 Impressum, Leserbrief

Gegen den Klimawandel kann jeder Einzelne etwas tun. Man kann Elektrogeräte ausschalten, statt sie im Standby-Modus weiterzubetreiben – und würde allein durch diese Handgriffe dazu beitragen, in Deutschland jährlich 20 Milliarden Kilowattstunden Strom einzusparen. Man kann, wie Bundeskanzlerin Merkel es vormacht, überall im Haushalt Stromsparlampen verwenden und dadurch mithelfen, dass 6,5 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr erst gar nicht entstehen. Man kann vieles tun gegen die von uns Menschen verursachte Erwärmung der Erde. Aber man muss bereit sein, in die frei zugängliche Ressource Klima zu investieren, bevor sie kollabiert. Doch gerade an dieser „Tragödie des Gemeinguts“, von der Sozialwissenschaftler sprechen, leidet unser Planet. Alle wollen immer mehr, keiner will verzichten.

Die Eindringlichkeit der neueren wissenschaftlichen Befunde zu den Ursachen und Folgen des Klimawandels ist alarmierend. Horrende „Reparaturkosten“ erwarten uns zudem, wenn wir munter weitermachen wie bisher – was der britische Ökonom Nicholas Stern in seinem letztjährigen Bericht uns anschaulich vorgerechnet hat. Dass in Europa einem weitgehend schneelosen Winter ohne Minusgrade ein hochsommerlich temperiertes Frühjahr folgte, erscheint vielen als ein weiterer subjektiv wahrnehmbarer Indikator. Das Klima gerät aus den Fugen. Und wir spüren es. Die Temperaturen im Januar dieses Jahres waren die höchsten seit Beginn der Messungen im 18. Jahrhundert.

Die Politik hat zwischenzeitlich deutliche Zeichen des Handelns gesetzt. Auf dem Brüsseler EU-Gipfel haben die 27 Staats- und Regierungschefs unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschlossen, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 20 Prozent gegenüber 1990 zu verringern und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu erhöhen. Gleichzeitig soll die Energieeffizienz merklich erhöht werden. Dass es Europa in der Klimapolitik um substanzielle Fortschritte geht, hat jüngst der VN-Umweltgipfel in New York deutlich gemacht.

Ist der Klimawandel noch zu stoppen? In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns über weite Strecken mit Menschen, die mit ihren Ideen zeigen, dass die düsteren Prognosen von Hitzewellen, Dürrekatastrophen, schmelzenden Polkappen und überfluteten Küstenregionen nicht unabwendbar sind. Ja, dass es für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft viele Chancen gibt, etwas zu bewegen. Denn wie gesagt: Gegen den Klimawandel kann jeder etwas tun. Es ist höchste Zeit.

Peter Hintereder, Chefredakteur

Von Rom bis Berlin: 50 Jahre Römische Verträge



Höhepunkte der Europaparty: Abtanzen bei der „Clubnacht“, Kunstgenuss mit der „Europa-Nacht“, Festakt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, gute Stimmung beim Europafest



Berlin | 25. März 2007

50 JAHRE

Außenminister Steinmeier (links): „Wir können gemeinsam stolz sein auf das, was die Menschen in Europa in den vergangenen 50 Jahren erreicht haben.“



TöGethé®
SINCE 1957



Mit einem großen Europafest feierte die EU in Berlin 50. Geburtstag. In der Berliner Erklärung bekennt sie sich zu ihren Werten und Zielen

EU 2007 DE

Das „Familienfoto“ zum Geburtstag: Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Vorn in der Mitte: Bundeskanzlerin Angela Merkel



Tim M. Hoemann (2), picture-alliance/dpa (2), Markus Brandt/ddp-News, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Europäische Union (2), picture-alliance/dpa (3)

Zum runden Geburtstag der Europäischen Union servierte Ungarn die Esterházy-Torte, Irland seinen beliebten Orangenkuchen – nur zwei von vielen Spezialitäten aus den 27 EU-Staaten, die es beim Europafest am Brandenburger Tor zu kosten gab. Zu einer großen Geburtstagsparty für Europa hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel als im ersten Halbjahr 2007 amtierende EU-Ratspräsidentin für ein Wochenende nach Berlin eingeladen: 50 Jahre EU, 50 Jahre Römische Verträge feierte die Gemeinschaft am 24. und 25. März mit Kulinarischem, Kunst, Musik und Politik.

Die Museumsinsel erlebte eine lange „Europa-Nacht der Schönheit“. Berlins staatliche Museen hatten bis spät in die Nacht geöffnet, zeigten bedeutende Werke der europäischen Kunstgeschichte und eine große Premiere: Im Pergamonmuseum präsentierte die Choreographin Sasha Waltz mit ihrem Ensemble erstmals Ausschnitte aus ihrer Opernchoreographie zu „Medea“. Live-Musik spielten europäische Bands auf der großen Open-Air-Bühne. Europa zum Abtanzen hieß es in

der „Europäischen Clubnacht“. Mit Musik von 100 DJs aus ganz Europa feierten über 30 Berliner Clubs in den 50. Geburtstag hinein.

Politischer Höhepunkt der Feierlichkeiten: die Unterzeichnung der Berliner Erklärung. Mit dem Dokument setzten sich die 27 Staats- und Regierungschefs der EU das Ziel, die Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte Grundlage zu stellen. In der Erklärung bekennt sich die EU zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit sowie Gerechtigkeit und Solidarität in ihrem Inneren und jenseits ihrer Grenzen. Mit dem Terrorismus, der organisierten Kriminalität und der illegalen Einwanderung benennt sie wichtige grenzüberschreitende Herausforderungen. Zum großen Thema Klimaschutz heißt es in der Erklärung: „Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.“

www.eu2007.de

Ich engagiere mich für **EUROPA...**

...weil ich gerne diskutiere

Arina Corsei, Rumänien

Pro oder kontra EU? Ihre Meinung liege dazwischen, erzählt Arina Corsei, deren Heimatland Rumänien 2007 der EU beigetreten ist. Langfristig, glaubt die 18-jährige Schülerin, werde Rumänien aber die Vorteile als EU-Mitglied spüren. Auf dem Weg dahin verfolgt Arina ihre europäische Mission: „Ich bin fest davon überzeugt, als junger Mensch mithelfen zu können, so manches schiefe Bild, das es über den EU-Neuling Rumänien gibt, zurechtzurücken.“ Das klingt glaubwürdig. Zierlich ist die junge Delegierte des Europäischen Jugendparlaments. Doch wenn sie erzählt, hinterlässt sie einen selbstbewussten Eindruck. In Europas „Lingua franca“ Englisch verständigt sie sich souverän. Entschlossenheit hört man in ihren Worten: „Wir als junge Generation können gemeinsam Lösungen finden.“ Ihr Europabewusstsein entdeckte Arina bei der Debatte über den EU-Beitritt Rumäniens. Es passt zu ihr, dass sie mitreden wollte. Schließlich ging es dabei auch um ihre Zukunft. Die sieht Arina in Rumänien. „Ich möchte hier bleiben, als eine europäische Botschafterin für mein Heimatland.“

Sie sind jung, leben in verschiedenen Ländern der EU und wollen die Europäische Union in den kommenden Jahrzehnten mitgestalten. Für Arina, Daniele, Marius, Jérôme und Marion ist Europa eine Realität, mit der sie sich identifizieren und die sie als Chance begreifen. Sie engagieren sich als junge Delegierte beim Europäischen Jugendparlament oder als Mitglied der EuroPeers

...um die Vielfalt der EU zu erleben

Daniele Vannucchi, Italien

Was sich hinter dem Bologna-Prozess verbirgt, wofür die Europäische Kommission verantwortlich ist oder was in der EU-Verfassung steht. Daniele Vannucchi könnte dies sicher leicht beantworten – immerhin hat er in Florenz und London Politik studiert. Doch sein Interesse an der EU, sagt der 24-jährige Italiener, sei längst nicht nur politischer Natur: „Eine große Rolle spielt für mich die Völkerverständigung und der Kulturaustausch.“ Sehr überlegt und ernsthaft gibt sich Daniele, der im März in Potsdam die 54. Internationale Sitzung des Europäischen Jugendparlamentes (EJP) als Präsident geleitet hat. Wenn er über Europa spricht, versucht er seine Sätze treffend zu formulieren. Durch seine Teilnahme am Jugendparlament habe die EU für ihn ein Gesicht bekommen. Hier habe er das viel beschworene Prinzip von Einheit in Vielfalt erfahren. „Beim EJP konnte ich unglaublich viel über die Länder in Europa lernen. Wenn du mit jungen Leuten so vieler unterschiedlicher Nationalitäten zusammen bist und diskutierst, bekommst du einen ganz anderen Blick für dein Heimatland und die EU“, berichtet Daniele. Das Ziel, in der EU auf einem demokratischen Weg zu einer Einigung zu kommen, empfinde er als „sehr inspirierend für alle, die sich für Politik interessieren“. Das tut Daniele. Und ihm sieht man an: Diese politische Inspiration weckt seine EU-Begeisterung.

Ich engagiere mich für **Europa...**

...wegen der politischen Debatten über die **EU**

Marius Böhmer, Deutschland

Infiziert mit dem EU-Virus hat sich Marius Böhmer im Sozialkunde-Unterricht. „Bei den Debatten des Europäischen Jugendparlaments habe ich aber erst richtig verstanden, wie schwierig es sein muss, auf europäischer Ebene eine Einigung zu finden“, sagt der 20-Jährige. Fasziniert sei er, wie viele Länder an der Parliamentssimulation teilnehmen. „Das Interesse an der EU haben bei mir vor allem politische Fragen und Fremdsprachen geweckt“, erzählt der Schüler, der Englisch und Französisch lernt. Seine Meinung zur EU ist durchdacht. Einerseits sieht er die Vorteile: „Völkerverständigung und Kulturaustausch wären ohne das vereinte Europa nicht möglich.“ Wenn die EU-Staaten sich aber um das Budget und Fördergelder streiten, sagt er deutlich: „Das geht am Grundgedanken der Gemeinschaft vorbei.“ Er hofft, von der Bildungspolitik in der EU zu profitieren. „Die Anerkennung von Abschlüssen durch den Bologna-Prozess ist eine sehr gute Idee.“ Bei seinem geplanten Maschinenbau-Studium möchte er mit dem Erasmus-Programm der EU ins Ausland gehen. Die EU, wünscht sich Marius, sollte in Zukunft vor allem bei Energiefragen zusammen handeln und im internationalen Klimaschutz ein Zeichen setzen. Vielleicht kann auch Marius in einigen Jahren dazu etwas beitragen. Denn er will später auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien arbeiten.

...um anderen Jugendlichen zu begegnen

Jérôme Van Den Avenne, Frankreich

Europa trägt Jérôme schon im Namen. Der 17-Jährige ist Franzose, sein Nachname „Van Den Avenne“ aber ist belgischen Ursprungs. Doch nicht nur deswegen blickt Jérôme auf die EU und sagt: „Europa wird in Zukunft für uns junge Menschen eine noch viel größere Bedeutung haben, vor allem wenn es um unseren Beruf geht.“ Im Alltag haben Jugendliche nicht oft die Gelegenheit, über Europapolitik zu diskutieren, findet Jérôme. Erst beim Europäischen Jugendparlament habe er gespürt, was es heißt, über europäische Themen zu diskutieren. „Wenn ich mir Europa anschau, dann bin ich von der Vielfalt der Menschen fasziniert. Persönlich empfinde ich es als eine große Bereicherung, viele junge Europäer kennenzulernen“, sagt er. „Ich glaube, wir brauchen eine EU, die noch mehr Austausch und Begegnungen ermöglicht. Ich würde mir außerdem wünschen, dass Bildungsabschlüsse auf europäischer Ebene anerkannt werden.“ Für Jugendliche sei dies ein Ansporn, im europäischen Ausland Erfahrung im Berufsleben zu sammeln. Auch Jérôme kann sich sehr gut vorstellen, einige Jahre im Ausland zu verbringen. Sein großes Ziel: seine Englisch-Kenntnisse verbessern. „Denn selbst wenn wir in der EU nicht die gleiche Muttersprache haben, können wir auf Englisch gemeinsame Erfahrungen austauschen. Das finde ich toll!“

Ich engagiere mich für Europa...



Mit ihnen können Schüler die EU erleben: Die Studenten Jan-Philipp Beck, Sonja Weicker und Adrian Loets (v.l.) gehören zu den Organisatoren des Europäischen Jugendparlaments



Sie setzt sich für junge Europäer ein: Bettina Schwarzmayer, 27, Präsidentin des Dachverbandes „Europäisches Jugend Forum“. Die Österreicherin gehörte zu den 200 Teilnehmern des ersten EU-Jugendgipfels im März in Rom

Arina, Daniele, Marius und Jérôme: Als junge Delegierte haben die vier mit weiteren 216 Jugendlichen aus 31 europäischen Ländern bei der 54. Internationalen Sitzung des Europäischen Jugendparlaments (EJP) getagt. Bei dem Treffen in Potsdam haben sie über Umwelt-, Klima-, Migrations-, Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik in der EU diskutiert, in Ausschüssen Resolutionen verfasst, Vorträge von Experten gehört und mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Franco Frattini, gesprochen.

Das Europäische Jugendparlament fördert als Diskussionsforum den Meinungs- und Kulturaustausch unter jungen Europäern. Es weckt die Motivation junger Frauen und Männer, sich mit europäischen Fragen auseinanderzusetzen. Bei den Sitzungen des EJP entdecken jedes Jahr mehrere hundert Jugendliche ihr Interesse an Europa – genauso wie Arina, Daniele, Marius und Jérôme. Die vier Jugendlichen aus Rumänien, Italien, Deutschland und Frankreich sind aber nicht nur Teilnehmer des Jugendparlaments. Sie sind auch vier von 75 Millionen jungen Europäern im Alter von 15 bis 25 Jahren. Und diese Generation – immerhin ein Drittel der EU-Bevölkerung – wird die künftige Entwicklung der europäischen Integration maßgeblich mitbestimmen. Im Europa von morgen wird sie leben, studieren, arbeiten oder reisen. Ihre Haltung zur EU

ist deshalb sehr entscheidend dafür, welches Gesicht das künftige Europa bekommt.

Was aber bedeutet der jungen Generation die EU? Europa ist für die meisten jungen Menschen längst Teil ihres Alltagslebens. Mit dem Projekt der europäischen Friedensgemeinschaft von einst hat die EU von heute für viele von ihnen aber nur noch wenig zu tun. Gleichwohl sind viele fest überzeugt: Für ihre persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutender. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) an der Ludwig-Maximilians-Universität München hat die Einstellung Jugendlicher zur EU untersucht. Danach nimmt die Jugend die EU mehrheitlich positiv wahr. Die jungen Männer und Frauen erhoffen sich von der Gemeinschaft Wohlstand und weniger Jugendarbeitslosigkeit. Viele Jugendliche schätzen an der EU die Freiheit des Reisens. Sie wollen in einem anderen Land der EU studieren oder arbeiten, finden es praktisch, mit dem Euro zu zahlen, genießen die kulturelle Vielfalt. Die Identifikation mit der EU, so die CAP-Wissenschaftler, sei aber stark abhängig vom Bildungsniveau. Ein besserer Bildungsstand, gute Fremdsprachenkenntnisse und ein größeres Interesse an Politik erhöhten die Zustimmung und das Verständnis gegenüber Europa. Zugleich zeigt sich bei gut ausgebildeten Jugendlichen eines viel deutlicher: Sie wollen selbst an der Entwicklung der EU mitwirken. **Oliver Seifrin**

Initiativen für Europa: Jugendparlament & EuroPeers

Das Europäische Jugendparlament

Das Europäische Jugendparlament in Deutschland ist eines von über 30 nationalen Komitees des European Youth Parliament (EYP). Seit 1990 bietet es Jugendlichen zwischen 16 und 22 Jahren ein Diskussionsforum. In Form einer EU-Parlamentssimulation können sie ihre Meinungen zu europäischen Themen äußern und untereinander debattieren. Bis zu 250 Jugendliche aus ganz Europa diskutieren in Ausschüssen und bei

einer Vollversammlung. Sie erarbeiten dabei Resolutionen zur Bildungs-, Umwelt-, Wirtschafts- oder Außenpolitik in der EU. Die Teilnehmer werden bei nationalen Schulwettbewerben ausgewählt. Das Europäische Jugendparlament in Deutschland wird ehrenamtlich von rund 60 Schülern und Studenten getragen. Sie wollen mit ihrer politischen Bildungsarbeit zur Völkerverständigung beitragen. Junge Menschen in Europa sollen Politik und Demokratie erleben können. www.eyp.de

Die EuroPeers

EuroPeers sind junge Deutsche zwischen 18 und 26 Jahren, die am EU-Programm „Jugend in Aktion“ teilgenommen haben und ihre europäischen Erfahrungen an andere Jugendliche weitergeben möchten. Die EuroPeers, im Jahr 2005 gegründet, waren als europäische Freiwillige oder mit einer Jugendbegegnung im Ausland oder haben sich in einer Jugendinitiative engagiert. Um von ihren Erlebnissen zu erzählen und Lust auf Europa zu machen, gehen sie

in Schulen, Jugendzentren, Kulturzentren, Vereine oder Fußgängerzonen und andere Orte, an denen sie Jugendliche treffen. Die etwa 130 EuroPeers erzählen von ihren eigenen Erfahrungen mit Europa und informieren über das Programm „Jugend in Aktion“ und andere Austauschprogramme. Darüber hinaus gestalten sie für Gleichaltrige Workshops, Schulstunden und Ausstellungen, um zu zeigen, dass Europa kein langweiliges Thema ist.

www.europeers.de

...um jungen Leuten Lust auf Europa zu machen

Marion Klotz, Deutschland

Zu alt, zu starr und zu sehr „verkopft“, komme die EU oft bei Jugendlichen rüber, sagt Marion Klotz, wenn sie über das Image der EU spricht. Für die 25-jährige Studentin aus Deutschland dagegen ist Europa weit mehr als Diskussionen über den EU-Haushalt. Marion Klotz schätzt den kulturellen Austausch. Erfahren hat sie dies erstmals nach dem Abitur während ihres Europäischen Freiwilligendienstes in England. Ein Jahr hat sie dort in einem Nationalpark gearbeitet. Den europäischen Gedanken trägt sie seitdem weiter. „Die junge Generation kann das Miteinander in der EU viel lebendiger gestalten“, sagt die junge Frau, die Englisch, Sozialkunde und Pädagogik studiert. Sie hat sich den EuroPeers angeschlossen, die Jugendlichen Lust auf Europa machen wollen. Mit den Wettbewerben „Baustelle Europa“ und „Express Europe“ hat die Studentin dafür einen kreativen Weg gewählt. Mit Bildern, Kurzgeschichten, Gedichten, Musik- und Filmbeiträgen konnten Schüler sich beteiligen. Europa nach ihren ganz eigenen Vorstellungen beschreiben und ausdrücken, was Europa ihnen bedeutet. „Ich war total überrascht über die positive Resonanz und die Sichtweisen der EU“, erzählt Marion Klotz.

Per Du mit dem Roboter: Die Universität
Karlsruhe gilt als Informatik-Vorreiter



Exzellente Lehre an der Universität Karlsruhe

Die deutschen Hochschulen stellen sich dem Wettbewerb: Bis 2011 erhalten die Universitäten 1,9 Milliarden Euro von Bund und Ländern aus der laufenden Exzellenzinitiative. Geld, mit dem Graduiertenschulen für den Forschernachwuchs, Exzellenzcluster für die Spitzenforschung und die Zukunftskonzepte von bis zu zehn ausgewählten Elite-Universitäten gefördert werden. Eine der drei Hochschulen, die in allen drei Förderlinien überzeugte, ist die Universität Karlsruhe, die älteste technische Hochschule Deutschlands. Die exzellente akademische Qualität bestätigt auch das Hochschul-Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung: Dort belegen die Karlsruher immer wieder Spitzenplätze. Der ausgezeichnete Ruf lockt viele ausländische Studierende an. Über 20 Prozent der 18000 Studentinnen und Studenten besitzen keinen deutschen Pass.

Obwohl die Hochschule mit elf Fakultäten und 43 Studiengängen als Volluniversität gilt, liegt ihr Forschungsschwerpunkt auf dem Fach Informatik. Auf diesem Feld gilt sie als Pionier – als erste deutsche Uni unterrichtete sie dieses Fach. Neueste Einrichtung ist das Karlsruher Institut für Technologie, das sich der Mikro- und Nanotechnologie, dem Wissenschaftlichen Rechnen sowie der Materialforschung widmet.

Aufschwung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist nicht zu bremsen: Auch 2007 setzt sie ihren kräftigen Aufschwung mit beeindruckenden Zahlen fort. Allein von Januar bis März stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Gemessen am ersten Quartal 2006 stieg das BIP sogar um 3,6 Prozent. Dabei übertraf schon 2006 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozent alle Erwartungen – damit legte die Wirtschaft so stark zu wie seit dem Boomjahr 2000 nicht mehr. Die Konjunktur verbessert auch die Lage am Arbeitsmarkt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 570 000 gesunken. Spätestens im kommenden Jahr, so die Schätzung führender Wirtschaftsinstitute, sollen weniger als 3,5 Millionen Menschen arbeitslos sein.

Nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, auch die Steuereinnahmen steigen deutlich. Nach jüngsten Schätzungen rechnet das Bundesfinanzministerium bis 2011 mit einem Steuerplus von 179 Milliarden Euro. Damit ist ein Haushalt ohne Neuverschuldung in Sicht. Spätestens bis 2011 soll die Nettokreditaufnahme auf Null reduziert werden.

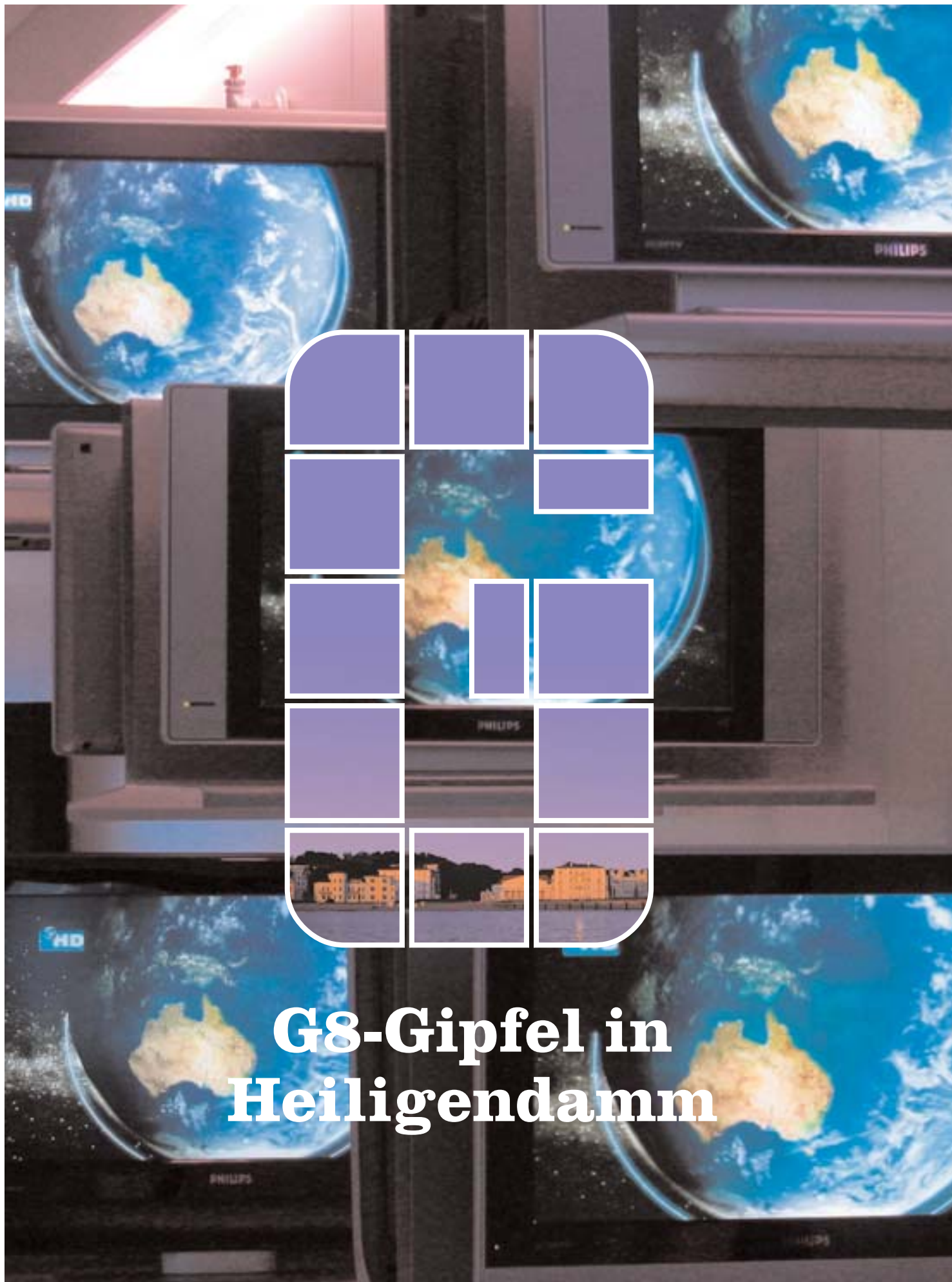
Karlspreis für Javier Solana

Javier Solana, der Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, erhielt Mitte Mai in Aachen den Internationalen Karlspreis 2007 für seine Verdienste um die europäische Einigung. Der 64-jährige Spanier, von 1995 bis 1999 Nato-Generalsekretär, gilt als einer der erfahrensten Außen- und Sicherheitspolitiker der Europäischen Union. Seit 1999 hat sich der EU-Chefdiplomat als „Mr. GASP“ weltweit einen Namen gemacht.

Karlspreis-Träger 2007:
Javier Solana hat sich für Europas
Einigung stark gemacht



Die Karlspreis-Gesellschaft würdigte sein „herausragendes Engagement für einen substanziellen Beitrag Europas zu einer sicheren und gerechteren Welt“. Der nach Karl dem Großen benannte Preis zählt zu den bedeutendsten europäischen Auszeichnungen. Er wird seit 1950 jährlich für Verdienste um Europa verliehen und ist mit 5000 Euro dotiert.



G8-Gipfel in Heiligendamm

Seit dem 1. Januar 2007 hat Deutschland die Präsidentschaft der acht führenden Industrienationen inne. Der Höhepunkt der einjährigen G8-Präsidentschaft ist der Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 6. bis 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm

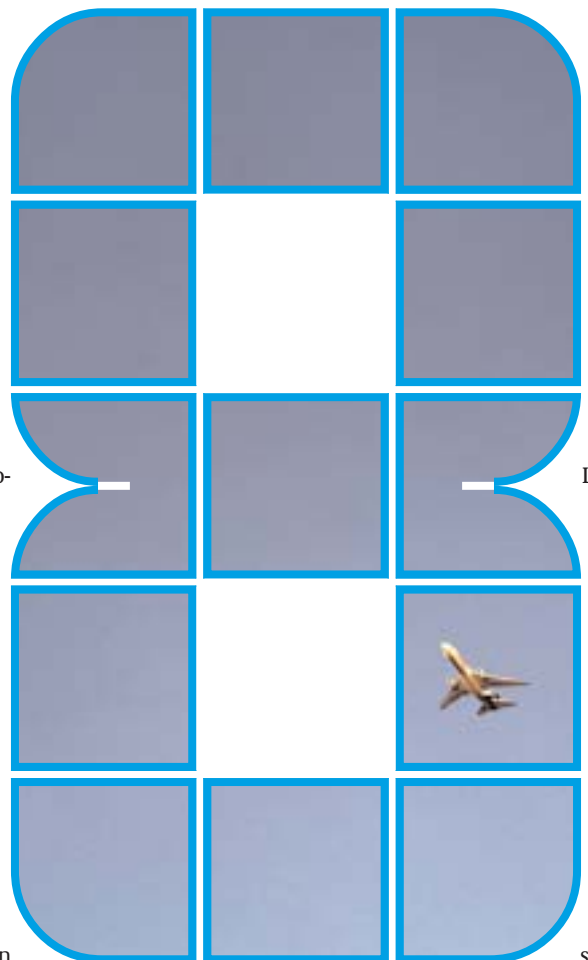


Von Bernd Pfaffenbach

Die Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen 15 Jahren durch technologische Revolutionen und durch neue starke Akteure entscheidend verändert. Das Tempo in der Weltwirtschaft ist höher geworden, der Wettbewerb intensiver. Wie im Sport haben Spieler aus der zweiten oder dritten Reihe inzwischen den Durchbruch geschafft. Die Routiniers müssen sich mit ihren eigentlichen Stärken neu behaupten.

Die gute Nachricht ist: Heute liegt die Verantwortung für Dynamik und konjunkturelle Entwicklung auf mehr Schultern als früher. Dies kommt der Weltwirtschaft zugute. Von den hohen Wachstumsraten der Weltwirtschaft profitieren sowohl Industrie- als auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Aber: Das Herausfordernde an der neuen Situation ist, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer Rede zur Eröffnung des diesjährigen Weltwirtschaftsforums betont hat: „Gewohnheiten, Erbhöfe, angestammte Rechte sind keine Garantie mehr für Erfolg. Die alten Hierarchien ebnen sich ein. ‚Die Welt ist flach geworden‘, wie es der amerikanische Publizist Thomas Friedman beschreibt. Ressourcen, Potenziale und Macht können sich über Nacht verschieben.“

Daraus ergeben sich zentrale Fragen: Haben sich auch die Spielregeln der Weltwirtschaft weiterentwickelt? Tragen die



Rahmenbedingungen der neuen Dynamik noch Rechnung? Bilden die Institutionen die neue Lage noch adäquat ab? Die deutsche G8-Präsidentschaft will auf diese Fragen gemeinsam mit den G8-Partnern Antworten geben und Lösungen entwickeln.

Die tektonischen Verschiebungen der Weltwirtschaft gehen insbesondere von den dynamischen Volkswirtschaften in Asien, Lateinamerika, aber auch in Mittel- und Osteuropa aus. Ihr Aufholprozess lässt eine multipolare Weltwirtschaft entstehen. Beispielhaft ist der Aufstieg Chinas: Betrug Chinas Anteil am Welt-BIP 1990 noch 5,7 Prozent, so

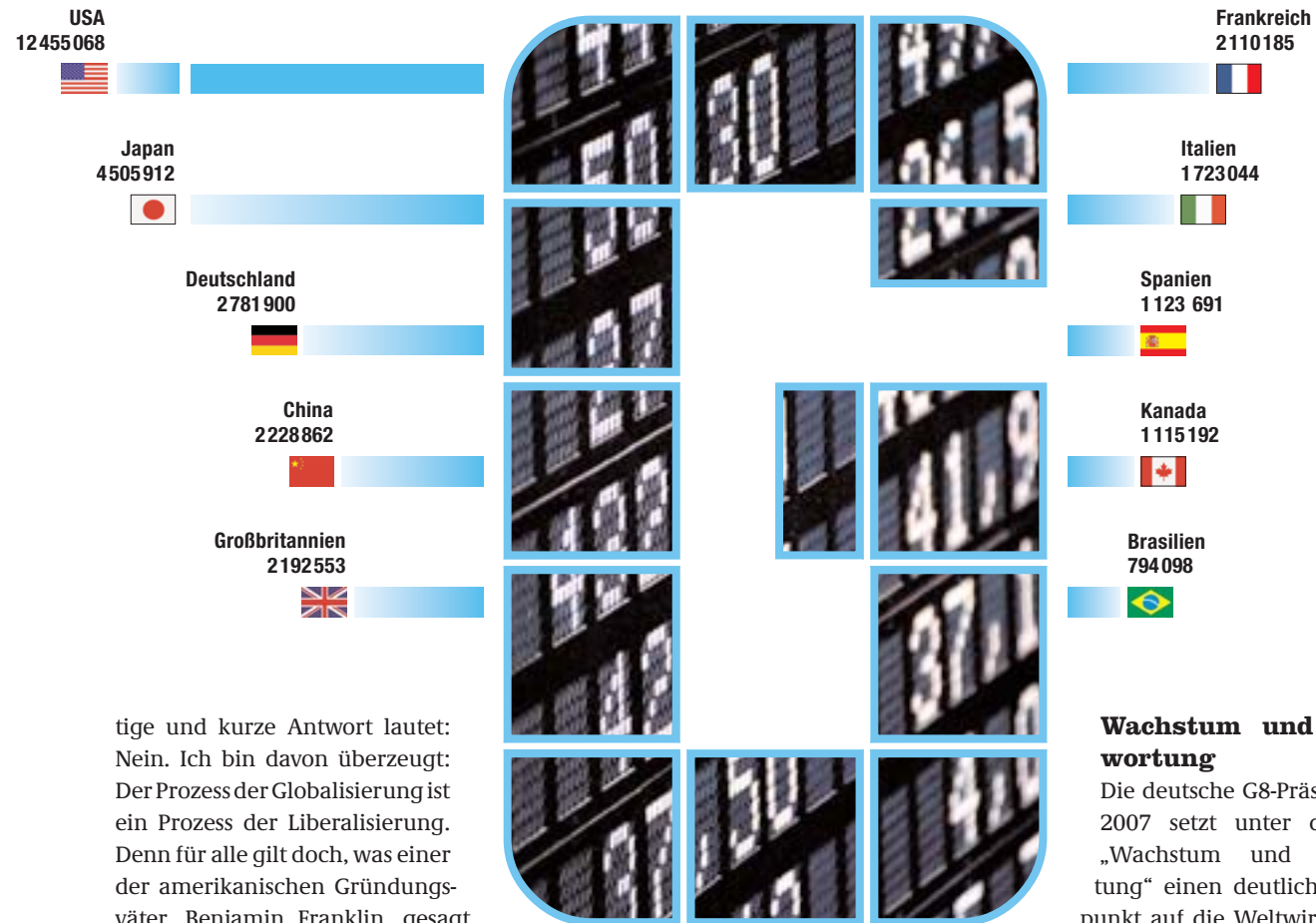
lag dieser Wert 2005 bereits bei 15,4 Prozent und er wird weiter steigen. 2005 hat China bereits Japan als drittstärksten Warenexporteur abgelöst, und es wird nicht mehr lange dauern, bis China auch die bisherigen Weltmeister beim Warenexport, Deutschland und die USA, an der Spitze ablösen wird.

In der Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, man dürfe dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen. Vielfach wird der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen laut, mit denen der freie Handel und Kapitalverkehr eingeschränkt werden soll. Die Bundeskanzlerin hat dem Protektionismus in Davos eine klare Absage erteilt: „Meine ebenso klare wie eindeu-

Messe Berlin GmbH, Kempinski Heiligendamm
Lokationline/lat

Die wirtschaftsstärksten Nationen

nach Bruttoinlandsprodukt in Millionen US-Dollar (2005)



tige und kurze Antwort lautet: Nein. Ich bin davon überzeugt: Der Prozess der Globalisierung ist ein Prozess der Liberalisierung. Denn für alle gilt doch, was einer der amerikanischen Gründungs-väter, Benjamin Franklin, gesagt hat: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

In diesem Sinne strebt die deutsche G8-Präsidentschaft an, dass vom Gipfel in Heiligendamm ein klares Signal für eine liberale und offene Weltwirtschaftsordnung ausgeht. Auch hier gibt es unmittelbare Parallelen zum Sport. Spiele werden im Angriff und nicht in der Abwehr gewonnen. Eine offene und liberale Weltwirtschaftsordnung bedeutet aber nicht, dass die Folgen der Globalisierung politisch ausgeblendet werden könnten. Gerade deshalb hat die Bundeskanzlerin in Davos ausdrücklich betont, dass die „Globalisierung fair gestaltet werden muss“. Nur wenn faire Regeln vereinbart und eingehalten werden, wird die Globalisierung Wohlstand für alle bringen.

Zu keinem Problemfeld der Weltwirtschaft lassen sich heute tragfähige Lösungen entwickeln, ohne die Schwellenländer einzubeziehen. Deshalb hat Angela Merkel entschieden, dass Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika wieder zum sogenannten „Outreach“ (O5) nach Heiligendamm eingeladen werden und am 8. Juni die G8 treffen. Deutschland will seine G8-Präsidentschaft nutzen, um die stärkere Rolle dieser Schwellenländer anzuerkennen und sie stärker in die „global governance“ einzubeziehen.

Quelle: World Bank

Wachstum und Verantwortung

Die deutsche G8-Präsidentschaft 2007 setzt unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ einen deutlichen Schwerpunkt auf die Weltwirtschaft. Daneben soll der globalen Verantwortung der G8 durch den entwicklungspolitischen Schwerpunkt „Afrika“ Rechnung getragen werden. Zum Thema „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ will Deutschland den veränderten Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft in folgenden Schwerpunkten Rechnung tragen.

Globale Ungleichgewichte und Agenda für weltweites Wachstum:

Die Weltwirtschaft ist in guter Verfassung. Beim Abbau der globalen Ungleichgewichte wurden große Schritte in Richtung eines weltweit ausgeglicheneren Wachstums unternommen. Aber die noch bestehenden Risiken müssen weiter abgebaut werden. So sind das Leistungsbilanzdefizit in den USA, das starke Anwachsen der Währungsreserven in Asien, insbesondere in China, die immensen Leistungsbilanzüberschüsse in Japan, China, Teilen Europas sowie in einer Reihe Erdöl exportierender Länder Kennzeichen weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Sie legen die Interdependenzen von Industrie- und Schwellenländern sowie die daraus resultierenden Risiken offen. Wir wollen mit einer Agenda für weltweites Wachstum die bisherigen Erfolge hervorheben und den weiteren Weg zum Abbau der globalen Ungleichgewichte aufzeigen.

Innovationen fördern – Innovationen schützen: Innovationen sind der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit hoch

Die bevölkerungsreichsten Länder

in 1000 Einwohner (2005)



Quelle: World Bank

entwickelter Volkswirtschaften. Dies gilt zunehmend auch in solchen Schwellenländern, die klar fokussierte Innovationsstrategien entwickeln. Wir wollen daher gemeinsam eine „Forschungsagenda für die kommende Dekade“ erarbeiten, um unsere Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen. Gleichzeitig wollen wir Innovationsleistungen durch die Stärkung des Schutzes geistigen Eigentums wirksamer schützen.

Investitionen: Der Weltbestand an ausländischen Direktinvestitionen ist auf fast 10 Billionen US-\$ angewachsen. Die weltweiten grenzüberschreitenden Direktinvestitionen legten in den letzten 20 Jahren per annum um rund 14 Prozent zu. Rund ein Drittel der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen fließen in Schwellen- und Entwicklungsländer. Das starke Wachstum der Weltwirtschaft hat eine seiner Grundlagen in liberalen Regelungen für Investitionen in den meisten Volkswirtschaften der Welt. Allerdings ist in der jüngeren Vergangenheit auch ein kritischer Trend zu einem neuen „Investitionsprotektionismus“ zu beobachten. Die deutsche G8-Präsidentschaft strebt gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Investoren in Industrie- und Schwellenländern an.

Transparenz der internationalen Kapitalmärkte: Im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Investitionen wird auch die verbesserte Transparenz und systemische Stabilität der Finanzmärkte insbesondere mit Blick auf Hedge-Fonds angesprochen werden. Ziel dabei wird es sein, die Risiken für die Funktionsfähigkeit des weltweiten Finanzsystems zu minimie-

ren und die Transparenz zu steigern.

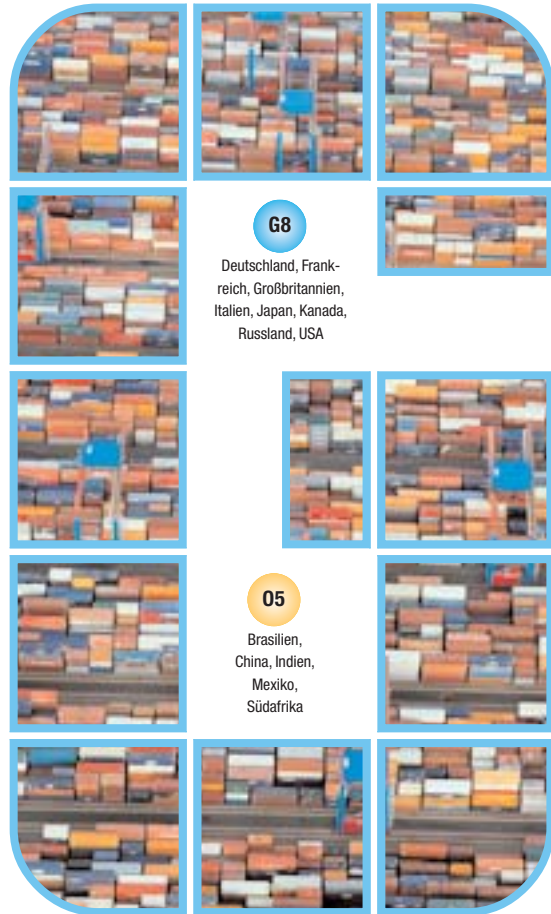
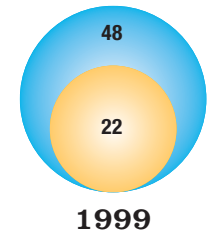
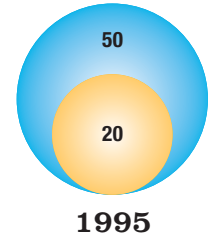
Soziale Gestaltung der Globalisierung: Die G8-Staaten haben eine große Verantwortung bei der sozialen Gestaltung der Globalisierung. Zu den möglichen Instrumenten zählen die Beachtung und Stärkung sozialer Mindeststandards, die Intensivierung des sozialen Dialogs und die Förderung und Verbreitung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen. Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme auch in Schwellenländern ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Klimaschutz: Der sich beschleunigende Klimawandel sowie der weltweit steigende Energieverbrauch stellen die Welt vor große Herausforderungen. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur IEA verbraucht die Welt bereits heute fast zweimal so viel Energie wie Anfang der 70er Jahre, bis 2030 wird dieser Verbrauch nochmals um die Hälfte steigen. Gleichzeitig werden in diesem Zeitraum die energiebedingten CO₂-Emissionen um 55 Prozent zunehmen. Der G8-Gipfel in Heiligendamm soll daher genutzt werden, um Impulse für eine weltweite Klimaschutzvereinbarung zu geben.

Energieeffizienz: Eine weltweit verbesserte Energieeffizienz ist der nachhaltigste und kostengünstigste Weg, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Daher soll der Fokus auf die Bereiche gelegt werden, die für den Klimaschutz besonders relevant sind: Gebäude („Sustainable Buildings“), Verkehr (u. a. innovative Antriebe und alternative Kraftstoffe) und Kraftwer-

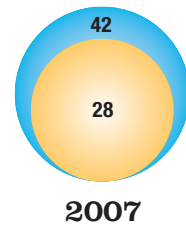
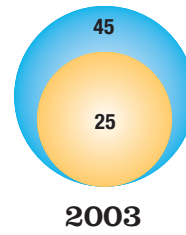
Die Anteile der G8 und der großen Schwellenländer am Welt-BIP

in Kaufkraftparitäten (Wert für 2007 vorläufig)



G8
Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, USA

05
Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika



Quelle: World Economic Outlook Database

ke („Clean Fossil Fuels“). Die Bundesregierung strebt an, dass die G8 die avisierten Ziele durch konkrete Zusagen und nationale Maßnahmen unterstreichen und mit den großen Schwellenländern technologisch stärker zusammenarbeiten.

Rohstoffe: Die künftige Verfügbarkeit von Rohstoffen ist aufgrund der großen Nachfragersteigerung, insbesondere durch die Schwellenländer, von hoher Aktualität. Industrie- und Schwellenländer haben ein besonderes Interesse sowie eine große Verantwortung, dass die weltweiten Rohstoffpotenziale verantwortungsvoll genutzt werden und der Ressourcenreichtum einen größtmöglichen Beitrag zum Entwicklungsprozess leistet. Deshalb will die deutsche G8-Präsidentschaft in Heiligendamm die Transparenz im Rohstoffsektor weiter fördern.

Wachstum und Verantwortung in Afrika

Das zweite große Thema von Heiligendamm ist „Wachstum und Verantwortung in Afrika“. Afrika steht besonders großen Herausforderungen gegenüber: Zwar liegt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum über 5 Prozent. Trotzdem lebt die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung in absoluter Armut. Der Kampf gegen Armut und Unterentwicklung war schon immer ein wichtiges Anliegen der G8. Die deutsche G8-Präsidentschaft ist aber der Auffassung, dass öffentliche Mittel und Entschuldung alleine nicht ausreichen werden, um die Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika zu erreichen. Hierfür sind Wirtschaftswachstum und Investitionen, Eigenverantwortung und Reformprozesse in Afrika wichtige Voraussetzungen. Die

Bundesregierung sieht vier Handlungsfelder für die Intensivierung der Reformpartnerschaft der G8 mit Afrika.

Gute Regierungsführung: Verantwortungsvolle Regierungsführung ist der Schlüssel für Frieden, Stabilität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

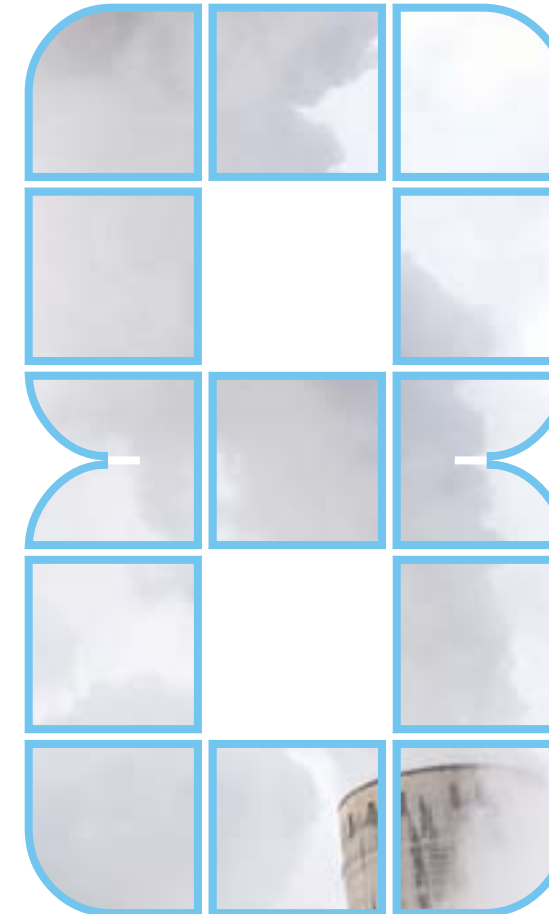
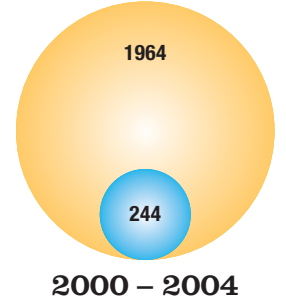
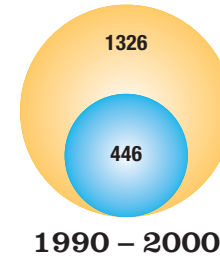
Die G8 unterstützen die afrikanischen Partner bei den Reformprozessen. Die Förderung der afrikanischen Regionalorganisationen, das Management öffentlicher Finanzen und der Kampf gegen Korruption sind wichtige Ziele.

Nachhaltige Investitionen: Unerlässlich für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele und ein nachhaltiges, armutsminderndes Wirtschaftswachstum sind privatwirtschaftliche Investitionen. Deutschland wird Maßnahmen unterstützen, die das Investitionsklima in Afrika verbessern und private Investitionen erleichtern. Ferner werden die G8 die afrikanischen Regionalorganisationen bei der Umsetzung von Infrastrukturinvestitionen institutionell unterstützen, um die hohen Produktions- und Transportkosten in Afrika zu verringern.

Frieden und Sicherheit: Konfliktbewältigung und Friedenssicherung sind zentrale Voraussetzungen im Kampf gegen die Armut. Europa als unmittelbarer Nachbar hat angesichts der Migrationsbewegungen bei Konflikten an der Gestaltung von Frieden und Sicherheit in Afrika auch ein unmittelbares Eigeninteresse. Die G8 unterstützen die Afrikanische Union beim Aufbau einer eigenständigen afrikanischen Sicherheitsarchitektur.

Der Anstieg der CO₂-Emissionen der G8 und der großen Schwellenländer

in Millionen t CO₂



Quelle: World Energy Outlook

Stärkung von Gesundheitssystemen, Bekämpfung von HIV/Aids: 70 Prozent der insgesamt über 40 Millionen HIV-Infizierten leben in Afrika südlich der Sahara. Nicht einmal eine Million der Kranken in Afrika haben Zugang zu Behandlung und Medikamenten. Die G8-Staaten haben sich verpflichtet, die Zunahme von HIV/Aids bis 2015 möglichst zu stoppen und dem Ziel eines allgemeinen Zugangs zu Prävention, Behandlung und Pflege bis 2010 so nahe wie möglich zu kommen.

Insgesamt ist die Agenda für den G8-Gipfel Ausdruck der fundamentalen Erkenntnis, dass globale Kooperation und politische Gestaltung zunehmend wichtig werden. Deutschland ist sich hierbei seiner Verantwortung als drittgrößte Volkswirt-

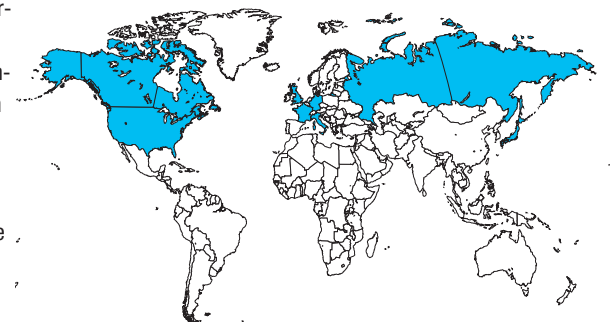
schaft wohl bewusst. Wenn es gelingt, alle relevanten Akteure, auch die neu aufstrebenden Schwellenländer einzubeziehen, dann sind die Aussichten gut, dass sich die Weltwirtschaft weiter gut entwickelt, dass zunehmend mehr Länder und breitere Bevölkerungsschichten an dem globalen Wohlstand teilhaben und sich kulturell und gesellschaftlich weiterentwickeln können und dass schließlich für die drängenden globalen Probleme wie Klimaschutz und Energieversorgung rechtzeitig Lösungsansätze entwickelt werden. Dafür wird sich Deutschland im Rahmen der G8-Präsidentschaft einsetzen.

Wohlstand teilhaben und sich kulturell und gesellschaftlich weiterentwickeln können und dass schließlich für die drängenden globalen Probleme wie Klimaschutz und Energieversorgung rechtzeitig Lösungsansätze entwickelt werden. Dafür wird sich Deutschland im Rahmen der G8-Präsidentschaft einsetzen.

Bernd Pfaffenbach ist Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Sherpa der Bundeskanzlerin für den G8-Gipfel

G8 – ein Forum globaler Verantwortung

Die Gruppe der Acht (G8) ist eins der wichtigsten internationalen Foren globaler Verantwortung. Sie geht hervor aus den sogenannten „Kamingesprächen“, zu denen sich 1975 auf Schloss Rambouillet in Frankreich erstmals die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und den USA trafen, um globale Fragen im persönlichen Gespräch zu erörtern. Inzwischen gehören auch Kanada (seit 1976) und Russland (seit 1998) dieser Runde an. Die G8 sind keine internationale Organisation, sie besitzen weder einen eigenen Verwaltungsapparat mit ständigem Sekretariat noch eine permanente Vertretung ihrer Mitglieder. Daher spielt die jeweilige G8-Präsidentschaft eine besonders wichtige Rolle. Deutschland hat bislang vier Gipfel ausgerichtet (Bonn 1978, Bonn 1985, München 1992, Köln 1999) und innerhalb der G8 viele Akzente gesetzt – zuletzt mit der Kölner Schuldeninitiative zur Entschuldung der ärmsten Länder der Erde.



picture-alliance/dpa
Tjaden/inf